

Annahme von Anzeigen... bis nachmittags 3 Uhr... Sonntag geöfnet von 11-12 Uhr.

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co. Schokoladen, Kakaos, Desserts. Einzelverkauf Dresden, Altmärk 2.

Bezugsgebühr: Die Dresdner Nachrichten... Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Karl Bielich, Annoncenzepedition. Dresden-R. Telefon Amt II 265. Luthertplatz No. 1 und Princesstr. No. 2.

H. Grossmann Nähmaschinen. Verkauf in Dresden: Chemnitzstrasse 26, Waisenhausstrasse 5.

Adolf Hachmeister, Coiffeur. Johannes-Allee, im Café Künze. Elegante Salons zum Frisieren für Damen und Herren.

„Universal“ Dr. med. Wolferrmanns neues vervollkommnetes Patent-Bruchband. M. H. Wendschuch sen. nur Marienstr. 22b im Gartengrundstück.

Nr. 38. Spiegel: Sächs. Personentarifreform. Geb. Rat v. Hidermann u. Delonömiehe Gesellschaft. Mutmaßliche Witterung: Sonnabend, 7. Februar 1903.

Die sächsische Personentarifreform.

Die von der sächsischen Regierung in ihrer Denkschrift über die Reform des Personentarifs gemachten Vorschläge haben nunmehr dem Eisenbahnrat zur Begutachtung vorgelegen...

Das Ergebnis der Verhandlungen und Beschlüsse des Eisenbahnrats ist, um das kurz zu wiederholen, 1. daß die Rückfahrkarten im Binnenverkehr aufgehoben werden...

Aus anderen Beispielen gehen uns zur Beleuchtung der vom Eisenbahnrat gefassten Beschlüsse über freihändigen Kartenerhalt und Monatskarten folgende beachtenswerte Ausführungen zu: „Doch der Bedingung, daß Einrichtungen getroffen werden, die den vorherigen Kauf einer größeren Anzahl von Fahrkarten ermöglichen, entsprechen werden kann, ist kaum Aussicht. Denn wenn auch durch eine solche Einrichtung die Kontrolle erleichtert wird, so kann doch diese Schwierigkeit zweifellos überwunden werden, und die Regierung dürfte kaum geneigt sein, ihr Reformwerk an dieser Frage scheitern zu lassen.“

Wir umgekehrtem Beifall wird dagegen im ganzen Bande der weitere Beschluß des Eisenbahnrats über die Einstellung der IV. Klasse auch an Sonntagen begrüßt werden; entspricht doch dieser Beschluß einer schon längst von einem wesentlichen Teile des ruhenden sächsischen Publikums nachdrücklich erhobenen Forderung. Es ist gar keine Frage, daß die bezeichnete Maßregel allgemein vollaufstimmig ist und daß ihre Verwirklichung einem weitestgehenden Bedürfnis abhelfen würde.

Im übrigen ist der springende Punkt der Reform, von dem allein die sächsische Eisenbahnverwaltung eine Reduktion in Höhe von rund 1.400.000 Mark erhofft, während die finanzielle Gesamtverbesserung auf 1.800.000 Mark geschätzt wird, der 23 e-

fall der Rückfahrkarten und die Festsetzung des Preises für die einfachen Karten genau auf die Hälfte des bisherige Rückfahrkarten, mit Ausnahme einer geringen Erhöhung für die I. Klasse. Demnach wird man in Sachsen mit Personenzügen hin und zurück künftig gerade so teuer fahren wie in Preußen, das heißt allerdings teurer als bisher in Sachsen hin und zurück, aber billiger als bisher in Sachsen auf einfache Fahrt. Hiergegen wird nun von manchen Seiten eingewendet: „Was nützt die Ermäßigung der einfachen Karten um 25 Prozent in der II. und III. Klasse für Personenzüge, wenn gegenwärtig nur etwa 7 Prozent aller Fahrten in den drei oberen Klassen damit zurückgelegt werden, während der ganze Rest auf Rückfahrkarten kommt und also gegen den bisherigen Zustand eine Verteuerung erfährt?“

Den meisten Bedenken unterliegt der Schnellzugszuschlag, der auf 1 Bg. für das Kilometer festgesetzt worden ist. Preiszuschläge für die Schnellzüge bestehen auch bei den sächsischen Bahnen durchgängig in Höhe von 1/10 Bg. für das Kilometer, während die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft dergleichen Zuschläge nur für einfache Fahrten kennt, die Rückfahrkarten dagegen ohne Zuschlag auch für Schnellzüge gelten läßt. Die Entnahmen aus der Subventionierung des Schnellzugverkehrs in Sachsen belaufen sich für 1901 auf rund 1.050.000 Mark. Man hat die Berechtigung des Schnellzugzuschlags überhaupt in Zweifel gezogen mit der Begründung, daß es an einer festen betriebstechnischen Norm für die Umrechnung zwischen Schnell- und Personenzug mangle, und daß die höhere Geschwindigkeit eine bessere Ausnutzung der Betriebsmittel und des Personals ermöglicht, wodurch aber schon von selbst der Verwaltung eine Ersparnis gegeben sei, durch Schnellzugbetrieb auch ohne Zuschlag vermehrte Einnahmen zu erzielen.

Obwohl es das allgemeine Verlangen nach einer möglichen Octablen der Eisenbahnpersonentarifs, das hauptsächlich gegen die sächsische Reform ins Feld geführt wird, ein harter Zug der Zeit, den man nicht einfach ignorieren kann. Jeder besonnene Realpolitiker muß aber auch anerkennen, daß alle Ermäßigungen in der wirtschaftlichen Notwendigkeit, keine weitere Verminderung der Eisenbahntarife herbeizuführen, ihre Grenze finden. Das Sinken der sächsischen Eisenbahntarife in den letzten Jahren und die dadurch bedingten Schwierigkeiten in der allgemeinen Finanzgeschichte sind doch noch fühlbar genug, um allerorts die Frage anzuregen, was geschehen würde, wenn die Eisenbahntarife noch weiter herunterginge. Dann würden unweilbar neue Steuern die Folge sein, und was würden dann wohl diejenigen sagen, die jetzt mit der Reuehaltung des sächsischen Personentarifs nicht einverstanden sind? Wer die steuerpolitischen Wirkungen einer fortgesetzten Unergiebigkeit der Eisenbahnen, als der Haupteinnahmequelle des Staates, berücksichtigt, der wird gerechter Weise den Beweggründen der Regierung bei ihrem Vorgehen, die auf dem Gebiete der ihr obliegenden verantwortlichen Fürsorge für die Finanzen des Staates und die Entlastung der Steuerzahler zu suchen sind, die Anerkennung nicht versagen dürfen.

Neueste Drahtmeldungen vom 6. Februar. (Nachts eingehende Devisen befinden sich Seite 2).

Genf. (Meldung der Schweizerischen Telegraphenagentur.) Die Rechtsanwältin der früheren Kronprinzessin Luise teilte der Presse folgendes mit: Giron hat heute abend Genf verlassen, um mit dem Barier Schnellzug sich zu seiner Familie nach Brüssel zu begeben, wo er morgen nachmittag anlangt, und wo er sich niederlassen will. Giron hat alle Beziehungen zur Prinzessin abgebrochen, um ihr die Wiederannahme des Verkehrs mit ihren Kindern zu ermöglichen. Die vorstehende Meldung wird uns von Herrn Rechtsanwalt Dr. Schme aus Genf direkt bestätigt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Beratung des Etats des Reichskanzlers und der Reichskasse wird fortgesetzt. — Abg. Köstke-Staierländer (B. d. L.) fragt an, wann die Vorlage des vom Reichstage erbetenen Gesetzes, betreffend einheitliche Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genussmitteln, zu erwarten sei. Ferner bittet er um Auskunft, wie es sich mit einer Nachricht verhalte, wonach mit einer Mission in Kanada Abschlüsse über Lieferungen konzentrierten Reiches für das deutsche Heer und für die Marine gemacht worden seien. Dem Direktor v. Körner im Auswärtigen Amte wird Redner vor, bei Beratung der Lieferkonvention irrtümliche Angaben über Lieferungen gemacht zu haben, ob England auch auf Brämenzucker aus seinen eigenen Kolonien Rücksicht zu erheben verpflichtet sei oder nicht. Entgegen v. Körners damaliger Behauptung, lehne England jede solche Verpflichtung ab. Die Regierung treffe der Vorwurf, eine Konvention ratifiziert zu haben, die in einem so wichtigen und für unsere Stellungnahme geradezu ausschlag gebendem Punkte solche Zweifel zulasse. Auch unsere Stellung gegenüber dem russischen Brämenzucker sei vor der Ratifizierung der Brüssler Konvention von unserer Regierung nicht genug erwogen worden, denn jetzt verlange Rußland, daß auf Grund des russisch-deutschen Vertrags Ausgleichshöfe auf russischen Brämenzucker nicht erhoben würden. Weiter müsse er die auffällige Tatsache feststellen, daß unter der Klage der Vereinigten Staaten kanadischer Weizen kein eingeführt worden sei. Da Kanada im Zoll differenzial sei, so sei da allein in einem Jahre für unsere Reichsstafte ein Verlust von 1/2 Million erwachsen. Redner fordert dann die Regierung auf, in Venezuela kräftig vorzugehen, ohne Rücksicht auf die Rotationsdoftrin. Wir brauchen Amerika nicht nachzulassen. Was das Dineinziehen des Kaisers in die Debatte anlangt, so müßten, falls man darin zu weit gehen würde, die Maßnahmen dagegen getroffen werden; aber andererseits würde es Nichtachtung sein, wollte man die Neben des Kaisers hier gar nicht beachten, zumal diese im Gegensatz zu den des früheren Kaisers Wilhelm I., ein angriffenes Charakter trügen. Programmatische Äußerungen des Kaisers dürften jedenfalls nicht ohne Gegenzeichnung des Kaisers in die Öffentlichkeit gehen. Weiter habe der Kaiser im Landwirtschaftrat, ohne etwas Neues zu sagen, so gesprochen, wie es der Rattenfänger von Hameln nicht besser hätte machen können. — Staatssekretär Freiherr v. Rittowen nimmt den Direktor v. Körner gegen den Vorwurf in Schutz, bei Beratung der Brüssler Konvention irrtümliche Angaben gemacht zu haben. Der britische Auffassung in Bezug auf Zucker aus eigenen Kolonien sei jedenfalls in dem Text der Konvention kein Ausdruck gegeben worden. Die Regierung habe die Konvention ratifiziert, weil, und derselben Ansicht seien die Delegierten aller anderen Staaten gewesen, auf diese Weise das Detail des Zuckers aus dem eigenen Kolonien Englands offene Frage blieb, und als solche vor der Ratifizierung vorgelegene Schiedsgericht gebracht werden konnte. Wir haben jedenfalls die britische Regierung nicht im Hinblick darüber gelassen, daß, falls wirklich größere Mengen prämierten Kolonialzuckers zinslosfrei nach England kämen, wir uns unter volle Konkurrenz offen halten. Das Ausland nicht betrüben werde, konnten wir nicht annehmen, und wir hoffen nicht, daß es sich den Segnungen dieser Konvention auf die Dauer nicht verschließen werde. — Staatssekretär Graf Posa dowsky: Daß der Bauernstand eine der wichtigsten Grundlagen unseres Staatswesens sei, ist richtig, um so weniger ist es begründet, wenn man im Bauernstande so beharrlich Mißtrauen gegen die Regierung habe und von ihr behaupte, es fehle ihr der alte Wille, der Landwirtschaft zu helfen. Bei dem Abbruch von Lieferungen aus Kanada handle es sich um Deduktion des Bedarfs anderer Schiffe in Venezuela. Natürlich könne man dort nicht Lieferungen aus Deutschland abwarten. Ueber die Frage einer einheitlichen Nahrungsmittelkontrolle von Reichswegen habe er förmlich Verhandlungen eingeleitet, wobei sich aber finanzielle Bedenken ergeben hätten, für solche Zwecke besondere Beamte des Reiches anzustellen. Die Angabe, daß große Mengen kanadischen Weizens unter amerikanischer Abgabe bei uns zu dem niedrigeren Preise statt zu dem des autonomen Tarifs eingekauft, sei unzutreffend. Die Kontrollmaßregeln würden sowohl in Amerika selbst, wie in Deutschland sorgfältig beobachtet. — Abg. Sosa (Centr.) verteidigt den Standpunkt der Mehrheit des Reichstags in Sachen des Zolltarifs, dessen Zustandekommen unserer Landwirtschaft zum Vorteil gereiche, und hofft, es werde dem Reichskanzler gelingen, eine vorläufige Handelsverträge abzuschließen. — Abg. v. Sordarf (Freiw.) konstatiert, daß er und seine Freunde sich namentlich durch die sozialdemokratische Extradition bewegen gelassen hätten, den Zolltarif unter allen Umständen durchzusetzen. — Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Natl.) empfiehlt als Kompensation für Gewährung von Zinsen die Einführung der Wahlpflicht. Die jetzt scheinbar Wähler würden, wenn man die Wahlpflicht einführe, mit der Sozialdemokratie antrüben, denn alle die Säuglinge seien keine Sozialdemokraten. (Lachen links.) Redner befreit unter Berufung auf die Voreingene alle seine Gewährsmänner, daß deren Nichtempfang durch eine Sinnesänderung der Generale selbst verhindert sei. Er erwähnt dann u. a. die Mitteilung eines Leipziger Blattes, daß 1895 Geheimrat Hellwig vom Kolonialamt, um die Kandidatur von Peters für den Gouverneurposten in Ostafrika unmöglich zu machen, die bekannte Anzeige gegen Peters durch zwei Vermittler, Herrn Bronart v. Schellendorf und einen Major Kuhner, veranlaßt habe, und polemisiert endlich gegen unzulässige Äußerungen des Reichskanzlers über Afrika, große Monieren, die nicht mit Würde an verhandelt seien, Mischge-